

II-2219 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1135/3

1977-04-27

A N F R A G E

der Abgeordneten BRUNNER, *Hietl*
und Genossen
an den Bundesminister für Verkehr
betreffend Postzustellung im ländlichen Raum

Die Aufstellung von Landbriefträgerabgabekästen in Landzustellbezirken ist zwar nach dem derzeitigen Postgesetz möglich, bedeutet aber für die betroffenen Menschen im ländlichen Raum eine einseitige Belastung, die in der gegenwärtigen Handhabung nicht hingenommen werden kann. Beispielsweise wurden in Niederösterreich in letzter Zeit Kästen aufgestellt, die zwar keine Einsparung bringen, die Bevölkerung in den Landgebieten aber im höchsten Maße verärgern.

Diese Maßnahme steht im krassen Widerspruch zur Regierungserklärung und zu wiederholten Aussagen verschiedener Regierungsmitglieder über die Verbesserung der Lage der Menschen im ländlichen Raum. Sie bedeutet sogar eine eindeutige Verschlechterung, da sich die davon Betroffenen die Post, welche nicht bescheinigt ist, aus unzumutbarer Entfernung selber holen müssen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Verkehr folgende

A n f r a g e :

- 1.) Sind Sie bereit, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, wonach das Postgesetz dahingehend geändert

wird, daß die oben angeführte Benachteiligung der Menschen im ländlichen Raum beseitigt wird?

2.) Sind Sie weiters bereit, unverzüglich Weisung zu geben, daß bis auf weiteres keine Kästen mehr aufgestellt werden?

3.) Sind Sie bereit, sogleich eine Überprüfung anzuordnen, um unzumutbare Härten zu beseitigen?

4.) Wie viele Postzusteller konnten seit 1973 in Niederösterreich eingespart werden?